

NACHRICHTEN

Delhi begrenzt wegen Smog Autoverkehr

Delhi. Die indische Hauptstadt Delhi hat am Freitag testweise drastische Maßnahmen zur Begrenzung des Verkehrs eingeführt, um die gesundheitsgefährdende Luftverschmutzung in den Griff zu bekommen. In den kommenden zwei Wochen dürfen an ungeraden Tagen nur noch Autos mit ungeradem Kennzeichen fahren, während die geraden Tage den Fahrzeugen mit geraden Kennzeichen vorbehalten sind. Bei Verstößen drohen hohe Bußgelder. Hunderte Verkehrspolizisten und Freiwillige waren im Einsatz, um die Maßnahmen durchzusetzen. Um die Bürger trotz der Einschränkungen zur Arbeit zu bringen, mietete die Stadt 3000 Busse an. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Delhi die Stadt mit der stärksten Luftverschmutzung der Welt. AFP/nd

Die Woche an der Börse

DAX 10 743 Pkt.	(+0,5 %)
Dow Jones 17 425 Pkt.	(+0,1 %)
Euro 1,0859 Dollar	(-0,5 %)
Umlaufrendite 0,49 %	(+0,05 %)
Nordsee-Öl 36,99 \$	(+1,4 %)

Krankenkassen für Arzneimittelreform

Berlin. Die gesetzlichen Krankenkassen drängen die Bundesregierung zu einer erneuten Reform des Arzneimittelmarktes, um die immensen Ausgabensteigerungen in den Griff zu bekommen. »Das entscheidende Problem ist, dass wir nach wie vor das erste Jahr mit freier Preisbildung haben«, sagte die Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Doris Pfeiffer. Pharmaunternehmen könnten »Fantasiepreise« nehmen, bis ein Erstattungsbetrag zwischen Herstellern und GKV-Spitzenverband ausgehandelt ist. Nach einem Jahr vereinbarten Krankenkassen und Hersteller einen Erstattungsbetrag. dpa/nd

VW-Betriebsrat fordert Nachhaltigkeitsbeirat

Wolfsburg. Der Betriebsrat im VW-Konzern wünscht sich beim Zukunftsthema Nachhaltigkeit mehr Sachverstand von außen. VW benötige auf Konzernebene einen Nachhaltigkeitsbeirat, sagte Betriebsratschef Bernd Osterloh. Er wünsche sich das Gremium als »hochkarätig besetzt und unter Einbeziehung externer, kritisch-konstruktiver Köpfe«. Es gehe beispielsweise um umwelt- und ressourcenschonendes Autobauen oder eine attraktive Arbeitswelt. dpa/nd

ANZEIGE

www.sozialismus.de

**Sozialismus**

Ingar Solty: Donald Trump – ein amerikanischer Faschist? | M. Credyt: Wie denkt eigentlich Alexander Gauland? | H. Kuhl: Kein Ja und kein Nein zum Brexit | J. Schlotter: Argentinien – zurück in die 1990er | Michael Eise: Für eine linke Regierung in Deutschland | Udo Achten: Zur Geschichte des Achtstundentags | Supplement: Joachim Biehoff u. a.: Finanz-Zombie HSH Nordbank

Probesub (3 Hefte): € 14,-  
Redaktion Sozialismus  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH  
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

# Mit dem Laptop am Küchentisch

Recht auf Heimarbeit in den Niederlanden seit Jahresbeginn gesetzlich geregelt

Ab dem 1. Januar sind Arbeitgeber in den Niederlanden gesetzlich verpflichtet, Anträge auf »Home Office« zu prüfen. Gewerkschaften begrüßen flexible Arbeitsorte.

Von Steffi Weber, Amsterdam

Während der Arbeit kurz mal die Wäsche machen, den Kindern was Gutes zu Mittag kochen oder Einkäufe erledigen für die betagten Eltern – Heimarbeit hat ihre Vorteile. Den Niederländern wird es jetzt einfacher gemacht, davon zu profitieren. Was den Grünen in Deutschland vorschwebt, wird hier Realität: Am 1. Januar ist ein neues Gesetz in Kraft getreten, das Arbeitnehmern mehr Möglichkeiten gibt, die Arbeitszeit und den Arbeitsplatz frei zu wählen.

Der von den Grünen und den Christdemokraten eingereichte Gesetzentwurf wurde bereits im April 2015 mit großer Mehrheit von beiden Parlamentskammern angenommen. Ziel ist es, einen »Kulturwandel« zu befördern. Das Gesetz soll es der Berufsbevölkerung erleichtern, sich neben der Arbeit besser um Kinder und Familie zu kümmern. Befürworter führen zudem Umweltgründe an: Wer zu Hause arbeitet, pendelt nicht und verringert somit Stau und CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Auch die Arbeitgeber dürften sich freuen: Laut einer Umfrage der Meinungsforschungsagentur TNS NIPO steigert mehr Arbeitsflexibilität die Loyalität von Unternehmen. Dadurch seien Mitarbeiter eher bereit, Überstunden zu schieben. 30 Prozent der befragten Heimarbeiter erklärten, sie würden mehr arbeiten, seit sie nicht mehr gezwungen sind, im Büro zu erscheinen.

Aber verrichten die Niederländer ihre Arbeit ab jetzt massenweise von zu Hause aus? Sehr wahrscheinlich ist das nicht. In den Medien wird zwar durchgehend von einem »Recht auf Home Office« gesprochen, das neue Gesetz ist aber weit weniger revolutionär, als der Begriff erwarten lässt. Im Grunde geht es lediglich um das Recht, Heimarbeit zu beantragen.

Bereits zuvor konnten Arbeitnehmer in den Niederlanden beantragen, die Anzahl der Arbeitsstunden zu erhöhen oder zu verringern. Verwei-



Das »Home Office« könnte insbesondere für junge Mütter oder Väter sinnvoll sein.

Foto: 123rf/Sergey Mironov

gern kann der Chef einen solchen Antrag nur im Falle von »schwierigen Dienst- oder Betriebsinteressen«. Er muss beweisen, dass sein Betrieb dadurch ernsthaften Schaden

davontragen würde. Ab dem 1. Januar können Arbeitnehmer nun nicht nur eine Veränderung der Arbeitsdauer beantragen, sondern auch der Arbeitszeiten und des Arbeitsplatzes. Al-

lerdings braucht sich das Unternehmen, das den Antrag auf Heimarbeit ablehnen will, nicht auf die Klausel der »schwerwiegenden Dienst- oder Betriebsinteressen« berufen. Hierbei ge-

## »Home Office« in Europa

Für Selbstständige ist das Arbeiten am heimischen Küchentisch oder im Café längst Alltag. Bei Angestellten gibt es dagegen trotz technischer Neuerungen und flexiblerer Arbeitszeiten keinen Trend zu mehr Heimarbeit. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Erwerbstätigen, die von zu Hause aus arbeiten, sogar stetig zurückgegangen. Ab 2000 war die Zahl der Heimarbeiter zunächst nach oben gegangen, doch nach acht Jahren war die Spitze erreicht. Seit 2008 ist ihr Anteil in fast allen Berufsgruppen um zweistellige

Raten gesunken, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) von 2014 zeigt. 2008 hatten 9,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten teils von zu Hause aus gearbeitet. 2011 lag der Anteil den Angaben zufolge nur noch bei 7,8 Prozent.

Das »Home Office« wird besonders im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Arbeitswelt diskutiert. Gewerkschaften fordern mehr Orts- und Zeitsouveränität, ein Rechtsanspruch sollte Arbeitnehmern »ein

Mindestmaß an Tätigkeitsanteilen an einem selbst zu bestimmenden Arbeitsplatz« einräumen, heißt es in einer 2014 veröffentlichten ver.di-Broschüre »Gute Arbeit«. Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung ist das Thema indes nicht.

In vielen europäischen Ländern arbeiten laut DIW deutlich mehr Menschen von zu Hause aus. In Island ist es fast jeder dritte Arbeitnehmer, in Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und in den skandinavischen Staaten jeder fünfte. nd

# Der »Strahlende« verschwindet im Nebel

In der Gläsernen Manufaktur von Volkswagen in Dresden wird ab März kein »Phaeton« mehr gebaut

Die schon lange nicht mehr ausgelastete Gläserne Manufaktur von Volkswagen in Dresden soll ab März endgültig auf Sparflamme laufen. Dann wird die Produktion der Luxuslimousine »Phaeton« beendet.

Von Hendrik Lasch, Dresden

Als der Wagen aus seiner Bahn geschleudert wird, kommt es zur Katastrophe. »Große Städte gehen mit samt ihren Mauern unter«, schreibt der griechische Dichter Ovid über den Unfall des Phaeton, Sohn des Sonnengottes Helios, dessen Name »der Strahlende« bedeutet. Er hatte die Kontrolle über den von ihm gelenkten Sonnenwagen verloren. Er selbst stürzte dabei vom Himmel – tot.

Ganz so schlimm hat es die Gläserne Manufaktur von VW in Dresden nicht erwischt: Keine Mauer stürzt ein, und der 40 Meter hohe Turm des ungewöhnlichen Werksgebäudes am Großen Garten im Zentrum der sächsischen Landeshauptstadt bleibt stehen. Und das, obwohl auch das hier gebaute edle Gefährt, das auf den Namen des griechischen Sagenhelden getauft wurde, bald das Zeitliche segnen soll. Nur noch bis Ende März 2016 wird der »Phaeton« gebaut, eine Edellimousine für bis zu 127 000 Euro, mit der Volkswagen entgegen dem Firmennamen postulierten Anspruch den Versuch unternahm, auch Besser- und Bestverdienende als Kunden zu gewinnen.

Man kann nicht sagen, dass der Produktionsstopp aus heiterem Himmel käme; und auch der für VW teure Skandal um manipulierte Abgaswerte gab höchstens den letzten Aus-



Eine »Phaeton«-Luxuslimousine in der Gläsernen Manufaktur Foto: dpa/Ralf Hirschberger

schlag. Wesentlicher Grund für das Ende der Produktion ist wohl eher, dass sich die hoch fliegenden Erwartungen nie so recht erfüllt haben. Mehr als 100 Fahrzeuge könnten in Dresden pro Tag vom Band laufen, hatte man im Dezember 2001 bei Eröffnung der Manufaktur getönt, die 186 Millionen Euro gekostet hatte und vom Freistaat mit 90 Millionen bezuschusst worden war. Doch selbst in einem passablen Jahr wie 2012 wurden nur 11 000 Phaetons ver-

kauft, rund 40 pro Werktag. Interessenten fanden sich am ehesten in China, wohin 70 Prozent der Produktion gingen. Zuletzt wurden täglich noch acht Phaetons montiert. Um die Hallen besser zu nutzen, schraubt man seit 2013 auch den Bentley »Flying Spur« in Dresden zusammen – ein Auto, das sogar sagenhafte 200 000 Euro pro Stück kostet.

Für VW war die Gläserne Manufaktur ohnehin stets mehr Prestigeobjekt als Produktionsstandort. Es

ging darum, potenten Kunden ein Spektakel zu bieten. Sie sollten in Dresden Hochkultur genießen und gleichzeitig ihrem fahrbaren Untersatz quasi bei der Geburt zuschauen können. Die Montage der andernorts vorgefertigten Komponenten durch ganz in weiß gekleidete Arbeiter auf Parkett aus kanadischem Ahorn wirkte wie ein weihevoller Hochamt; in der Firmen-PR wurde von einem »kommunikativen Ereignis« geschwurbelt. Als Werbeträger scheint die Manufaktur passabel zu funktionieren: Allein im Jahr 2014 kamen 144 000 Gäste, neben Käufern auch Teilnehmer von Führungen sowie die Zuschauer vieler kultureller Spektakel. Es gab Konzerte und Opernaufführungen; einst zeichnete das ZDF im Glashaushaus sogar eine Denkershow namens »Philosophisches Quartett« auf.

Ab März wird die Manufaktur nun gänzlich auf diesen intellektuellen Überbau reduziert. Events und Führungen gibt es weiterhin; auch die Übergabe von VW-Autos an ihre Käufer findet weiter statt – nur geschraubt wird nicht mehr. Eine Dresdner Boulevardzeitung spricht despektierlich von einer »Eventhalle mit angeschlossenem Autohaus«. 400 Produktionsarbeiter müssen vorerst nach Zwickau und an andere Konzernstandorte in Sachsen pendeln, was für dortige Zeitarbeiter die von Gewerkschaftern kritisierte Entlassung zur Folge hatte. Etwa 100 Beschäftigte bleiben in Dresden.

Der »Phaeton« selbst verschwindet derweil im Nebel. Vielleicht, so heißt es, kehrt der »Strahlende« im Jahr 2019 zurück – als Elektrofahrzeug.

nügen bereits eine einfache Begründung und rechtzeitige schriftliche Mitteilung an den Beschäftigten. Der Arbeitgeber hat lediglich die Pflicht, das Gesuch zu »erwägen«.

Laut den Kritikern ist es daher fraglich, ob sich mit den neuen Regeln in der Praxis viel ändern wird. Schließlich stand es auch ohne das neue Gesetz jedem frei, einen solchen Antrag bei seinem Chef zu stellen.

Dennoch gibt es Kritik aus dem Unternehmerlager. »Vollkommen überflüssig« nennt der niederländische Arbeitgeberverband VNO-NCW die neuen Regeln. »Bei Absprachen bezüglich Home Office und flexiblen Arbeitszeiten geht es um Maßarbeit. Das können Arbeitnehmer und Arbeitgeber am besten gemeinsam lösen«, erklärt ein Sprecher. »Wir haben noch nie gehört, dass es hierbei zu Problemen gekommen ist.«

Tatsächlich ist Heimarbeit in den Niederlanden seit Jahren auf dem Vormarsch. Laut einer Untersuchung des Umweltministeriums gaben 32 Prozent der Niederländer im Jahr 2012 an, ab und zu von zu Hause aus zu arbeiten; im Jahr 2008 hatte dieser Anteil noch bei 27 Prozent gelegen. Ein Drittel der Firmen mit mehr als zehn Angestellten ermöglicht zudem Arbeitsformen außerhalb der eigenen Gebäude, berechnete das niederländische Statistikamt CBS im Dezember 2015.

Die Federatie Nederlandse Vakorganisaties (FNV), die größte Gewerkschaft der Niederlande, bestätigt diesen Trend und freut sich darüber. »Viele Menschen würden gerne von zu Hause aus arbeiten, sie sind aber noch stark abhängig von der Bereitschaft des Arbeitgebers«, sagt FNV-Gewerkschafterin Jessica van Ruitenburg. Diese Bereitschaft sei nicht in allen Fällen gleich hoch. »Die neuen Regeln ermutigen Arbeitnehmer, einen Antrag zu stellen, und lassen den Arbeitgebern weniger Raum, diesen abzuweisen«, meint van Ruitenburg. Radikal ändern wird sich ab Januar wohl nichts, »aber der Chef muss das Gesuch ernsthaft in Erwägung ziehen und eine Abweisung schriftlich begründen. Ein simples »so läuft das nicht bei uns« reicht künftig nicht mehr aus.« Kommentar Seite 2

## DGB will höheren Mindestlohn

Neuberechnung gemäß Entwicklung der Tariflöhne

Berlin. Ein Jahr nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes dringt der DGB auf eine Erhöhung des derzeitigen Betrages von 8,50 Euro. Die Gewerkschaften würden keine Ausrede akzeptieren, mit der der Mindestlohn eingefroren werde, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell am Freitag in Berlin. Er verwies darauf, dass bei einer Erhöhung des Mindestlohns auch die Entwicklung der Tariflöhne als Grundlage diene. Das seit 2015 geltende Mindestlohngesetz sieht vor, dass eine Kommission aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern in diesem Jahr über eine erstmalige Erhöhung des Mindestlohnes beraten werde, die Anfang 2017 in Kraft treten könnte.

Der Mindestlohn dürfe nicht für Flüchtlinge ausgesetzt oder abgesenkt und durch staatliche Mittel aufgestockt werden, erklärte Körzell, der den Mindestlohn als »arbeitsmarktpolitischen Meilenstein« würdigte. 3,6 Millionen Menschen profitierten von der gesetzlichen Lohnuntergrenze. Laut Statistischem Bundesamt komme der Mindestlohn genau dort an, wo die Löhne zuvor am niedrigsten gewesen seien: bei Ungelernten, Beschäftigten in Dienstleistungsbranchen und in Ostdeutschland. Bundesweit hätten Ungelernte im Schnitt ein Lohn-Plus von 3,3 Prozent verbuchen können, im Osten sogar neun Prozent. AFP/nd